



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 15. November 2021 (Vormittag)

Der Kantonsrat hat Qëndresa Hoxha-Sadriu (SP, Opfikon) neu in die Geschäftsleitung des Parlaments gewählt ([KR-Nr. 382/2021](#)).

Der Kantonsrat hat Sylvie Matter (SP, Zürich) zur zweiten Vizepräsidentin gewählt ([KR-Nr. 383/2021](#)).

Der Kantonsrat hat die Abrechnung des Objektkredits für den Bau des Hochwasserrückhalteraums Hegmatten in Winterthur diskussionslos genehmigt ([4704](#)).

Der Kantonsrat hat die II. Sammelvorlage mit Nachtragskrediten für das Jahr 2021 diskussionslos genehmigt ([5752](#)).

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung die Änderungen am Gesetz über Controlling und Rechnungslegung mit 164 zu 0 Stimmen angenommen ([5616](#)).

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung Änderungen am Kantonalbankgesetz mit 165 zu 0 Stimmen angenommen ([5631](#)).

Die Verwendung der 100 Millionen Franken, die der Kanton von der Zürcher Kantonalbank als Jubiläumsdividende erhält, steht fest ([5694](#)). Der Kantonsrat hat entschieden, dass die Hälfte davon zur Abfederung von Folgen der Corona-Pandemie verwendet wird, die andere Hälfte fliesst in Projekte, die der Bevölkerung zugutekommen sollen. Das für die Lösung der Ausgabenbremse nötige Quorum von 91 Stimmen wurde mit 166 Stimmen locker erreicht.

Der Kantonsrat hat eine Änderung der Personalverordnung des Kantons mit 167 zu 0 Stimmen genehmigt ([5667](#)). Dabei ging es um die Anerkennungsvoraussetzungen für ständige Verhandlungspartner.

Der Kantonsrat hat der Abschreibung eines dringlichen Postulats der SVP zur Wohneigentumsbesteuerung mit 97 zu 76 Stimmen zugestimmt ([5562](#)). Mit dem im August 2018 überwiesene Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Eigenmietwertes einzusetzen.

Die Vermögenssteuersätze im Kanton Zürich werden nicht gesenkt. Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative dazu von FDP, SVP und Mitte mit 98 zu 76 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt ([KR-Nr. 339/2017](#)).

Der Kantonsrat hat ein Postulat von EVP, SP und Grünen mit 94 zu 80 Stimmen abgelehnt, mit dem die Einführung von freien Tagen für Kantonsangestellte für die Pflege von Angehörigen angeregt wurde ([KR-NR. 25/2018](#)).

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 15. November 2021 (Nachmittag)

Der Kantonsrat hat die Wahl von Michèle Schmid als Mitglied des Spitalrates des Kantonsspitals Winterthur ohne Gegenantrag genehmigt ([5738](#)). Ihre Wahl erfolgte am 25. August durch den Regierungsrat.

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung der Totalrevision des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes zugestimmt ([5630](#)). In diesem Zusammenhang hat das Parlament auch vier parlamentarische Initiativen betreffend Erhöhung Wohnsitzfristen ([KR 190/2018](#)), Erhöhung wirtschaftlicher Selbstbehalt ([KR 193/2018](#)), Erhöhung von Ordnung und Sicherheit ([KR 194/2018](#)) sowie schnellere Integration für junge Erwachsene ([KR 382/2018](#)) ohne Gegenstimme abgelehnt, deren Anliegen bei der Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes aufgenommen wurden. Das letzte Wort dürfte allerdings die Stimmberechtigten haben. Die SVP hat bereits angekündigt, gegen den Beschluss das Referendum zu ergreifen.

Der Kantonsrat hat in der zweiten Lesung zum Gesetz über die BVG- und Stiftungsaufsicht und Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch einem Änderungsantrag zugestimmt ([5646](#)). Somit wird bei dieser Vorlage eine dritte Lesung nötig.

Das Stimmrechtsalter im Kanton Zürich soll auf 16 Jahre gesenkt werden. Der Kantonsrat hat einer entsprechenden Vorlage in der Schlussabstimmung mit 95 zu 73 Stimmen zugestimmt ([KR-Nr. 70/2018](#)). Auslöser für die Vorlage war eine parlamentarische Initiative der GLP. Das aktive Stimm- und Wahlrecht würde auf kommunaler und kantonaler, nicht aber auf Bundesebene gelten. Weil dazu eine Änderung der Kantonsverfassung nötig wird, werden die Stimmberechtigten das letzte Wort haben.

Öffentliche Stellen im Kanton Zürich sollen für die Einsicht in Akten aufgrund des Öffentlichkeitsprinzips nur noch dann Geld verlangen dürfen, wenn der Aufwand unverhältnismässig gross ist ([KR-Nr. 101/2018](#)). Der Kantonsrat hat einer entsprechenden Änderung des Gesetzes über die Information und den Datenschutz in der Schlussabstimmung mit 96 zu 73 Stimmen zugestimmt. Die Änderung geht auf eine parlamentarische Initiative von SP, GLP und Grünen zurück.

Der Kanton Zürich soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass ausländisches Fleisch aus mehrtägigen Tiertransporten mit Herkunftsland und Verarbeitungsland zu deklarieren ist. Der Kantonsrat hat einer parlamentarischen Initiative (PI) der SVP mit 65 Stimmen die vorläufige Unterstützung ausgesprochen ([KR-Nr. 145/2021](#)). Mit der PI wird gefordert, dass der Kanton Zürich dazu eine Standesinitiative einreicht. Die PI wird nun einer Kommission zugewiesen, die dazu Bericht und Antrag ausarbeitet.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative (PI) der SVP zur Änderung der Härtefallklausel im Strafgesetzbuch abgelehnt ([KR-Nr. 153/2021](#)). Das Anliegen wurde von 46 Ratsmitgliedern unterstützt. Für eine vorläufige Unterstützung wären 60 Stimmen nötig gewesen. Mit der PI wurde gefordert, dass der Kanton Zürich eine Standesinitiative mit dieser Forderung einreicht.

Der Pendlerabzug in der Steuererklärung soll im Kanton Zürich auf 1150 Franken jährlich beschränkt werden. Ausnahmen soll es nur geben, wenn Arbeitnehmer beispielsweise aufgrund von Schichtarbeit auf ein Auto angewiesen sind. Der Kantonsrat hat einer parlamentarischen Initiative von GLP, SP und Grünen dazu mit 73 Stimmen vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 186/2021](#)). Die PI wird nun einer Kommission zugewiesen, die dazu Bericht und Antrag ausarbeitet.

Der Kantonsrat hat einer parlamentarischen Initiative der SVP mit dem Titel «Verbot der Verstümmelung der deutschen Sprache gemäss Genderideologie in Lehrmitteln der Zürcher Schulen» abgelehnt ([KR-Nr. 187/2021](#)). Das Anliegen wurde von 42 Ratsmitgliedern unterstützt. Für eine vorläufige Unterstützung wären 60 Stimmen nötig gewesen.

(sda)